

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich, entsprechend dem Beschluß des DGB-Bundeskongresses in Hannover, am 13. November 1962 in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt. In dem Schreiben bittet er darum, den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes (*Notstandsgesetzgebung*), der

dem Bundesrat gegenwärtig zur Prüfung vorliegt, *abzulehnen*. In dem Schreiben heißt es u.a.: „...Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, daß der 6. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hannover die Frage einer verfassungsändernden Notstandsregelung erörtert und auch alle für eine solche Regelung vorgebrachten Argumente sorgfältig geprüft hat. Nach eingehender Diskussion hat der DGB-Bundeskongreß die Notwendigkeit der Ergänzung des Grundgesetzes verneint. ... Wir würden es begrüßen, wenn sich Ihr Land den im Beschluß vertretenen

Standpunkt zu eigen machen würde und wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns mitteilen würden, ab wir damit rechnen dürfen, daß Ihr Land diesen Standpunkt in den Beratungen des Bundesrates vertreten wird.“

Der Bundesvorstand des DGB hat am 6. November 1962 eine Erklärung zur *Spiegel-Affäre* veröffentlicht, in der es heißt: „Angesichts dieser Tatsachen erklären die Gewerkschaften erneut ihre feste Entschlossenheit, den demokratischen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz proklamiert, zu verteidigen und insbesondere die Pressefreiheit vor jedem sichgriff zu schützen.“ Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände veröffentlichte am 11. November 1962 eine EntschlieÙung in der es heißt: „In der Verantwortung ihres Auftrages zur politischen Bildung unserer Jugend mahnen die in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände zusammengeschlossenen Lehrer und Erzieher Regierung und Parlament zu gewissenhaftem Respekt vor den Grundrechten und den Gesetzen der Rechtsstaatlichkeit. Der geringste Anschein von Willkür, der Mißachtung von Grundrechten, verbunden mit einem beklagenswerten politischen Stil erschweren die Erziehung unserer Jugend zu demokratischer Haltung' und begünstigen totalitäre Auffas-

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf wählte den stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, *Hermann Beermann*, als Nachfolger von Willi Richter zu seinem Mitglied. — *Willi Richter* trat in der letzten Sitzung, an der er teilnahm, noch einmal mit großem Nachdruck für den zu dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilten Gewerkschaftsredakteur *Heinz Brandt* ein: „Ich erwarte, daß unabhängige Persönlichkeiten umgehend eine Untersuchung an Ort und Stelle durchführen, daß ihnen die Einsicht in die Akten gewährt wird und, daß sie mit meinem Kollegen frei sprechen können.“

Adolph Kummernuss, der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, beging am 5. November 1962 das Jubiläum seiner 50jährigen Gewerkschaftszugehörigkeit. Das NS-Regime brachte Kummernuss ständige Verfolgung, Gefängnis und Konzentrationslager; seit 1945 ist Kummernuss an hervorragender Stelle am Wiederaufbau der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung beteiligt.

Friedrich Schlimper, Vorstandsmitglied der gewerkschaftseigenen Wohnungs-Unternehmensgruppe Neue Heimat Hamburg, erlag am 3. November 1962 im Alter von erst 51 Jahren einem Herzschlag.

Im Rahmen der *Afrikanischen Gewerkschaftsschule* des IBFG in Kampala wird ein Forschungsinstitut errichtet, das dazu dienen soll, Statistiken und andere Unterlagen zu erarbeiten, die für afrikanische Gewerkschaften vor allem im Zusammenhang mit Lohn- und Wirtschaftsproblemen von praktischem Wert sind.

Die *Asiatische Gewerkschaftsakademie* des IBFG in Kalkutta feierte am 19. November 1962 den zehnten Jahrestag ihrer Gründung.

Der französische Gewerkschaftsbund *Force Ouvrière* veranstaltete vom 10. bis 29. September 1962 in seinem Gewerkschaftshaus in Paris ein *Afrika-Seminar*, an dem 35 Gewerkschafter aus den freien Gewerkschaftsorganisationen von Kamerun, Kongo, der Elfenbeinküste, Dahomey, Madagaskar, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad, Gabun, Mali und sich-Volta teilnahmen. Das Seminar bot den afrikanischen Gewerkschaftern auch Gelegenheiten zu Kontakten mit führenden Persönlichkeiten der französischen Gewerkschaftsbewegung, des IBFG, der europäischen Regionalorganisation des IBFG, des europäischen Gewerkschaftskomitees, des Internationalen Arbeitsamtes und des Informationschenstes der Europäischen Gemeinschaften.